

Die Qual der Wahl Politische Depressionen aus dem Sommer 2005

Ein Essay von Peter Weigle

„Alle Macht geht vom Volke aus“, so lautet das Grundprinzip der Demokratie. Die tatsächlichen Verhältnisse weichen allerdings mehr und mehr von diesem Ideal ab. Ob und inwiefern die Bürger substantiellen Einfluss nehmen können und ob de facto noch irgend eine Partei Politik *machen* kann, bleibt zu bezweifeln. Die nationale Politik ist mehr und mehr an internationale Verträge und Vereinbarungen gebunden (EU, WTO, IWF, Nato, Uno u.a.). Damit wird die Legitimationskette zwischen Bürgervotum und Entscheidungen mehr und mehr strapaziert und droht zu zerfransen. Die rasante Entwicklung der Globalisierung, die veränderten Produktionsbedingungen zwingen zu neuen Anpassungsprozessen. Grundlegende Entscheidungen werden zunehmend in den Führungsetagen der Global Player oder die Akteure der Finanzmärkte getroffen. Sie vermögen Politiken schier zu diktieren, indem sie mit Kapitalabzug und Standortverlagerungen drohen und das Heer der Lobbyisten gestaltet Politik so sehr mit, dass sogar die Gesetzgebungsverfahren häufig nach den Vorstellungen der Konzerne gestaltet werden. So verringert sich Schritt für Schritt der Zugriff des Wählers auf die Politik. Die Spielräume im Staatshaushalt werden immer dünner, die kaum zu beeinflussenden Fixkosten steigen (u.a. durch einen wachsenden Haushalt für Renten und Pensionen). Die Sozialsysteme sind hochkomplex. Regierung und Bundesrat zerhäckseln politische Vorhaben in endlosen Machtkämpfen, so dass meistens der Eindruck übrig bleibt, als Tiger gestartet als Bettvorleger gelandet. Politik gerät dabei zunehmend zur symbolhaften Pantomime und das Wortgeklingel ihrer Protagonisten hat das Charisma von trockenen Hülsenfrüchten. Das Ganze wird dann mit viel Tamtam medial aufbereitet und skandalisiert. Neoliberal geprägte Deutungen beherrschen das Mediengeschehen, die Berichterstattung über mögliche konzeptionelle entfällt. Fundiertere Analysen und Recherchen fallen mehr und mehr dem Druck zur Kosteneinsparung und der grassierenden Boulevardisierung zum Opfer.

Ach, wie schön war es noch 1998 als es noch um eine echte Entscheidung zwischen zwei dezidierten politischen Alternativen zu gehen schien, zwischen dem sozial-ökologischen Reformprojekt einerseits und dem neoliberalen Umbau der Gesellschaft andererseits. Heute scheinen sich die Differenzen nur noch auf Nuancen zu reduzieren. So scheint es zwar kaum eine Wahl zu geben, aber doch soll neu gewählt werden. Der Kanzler hat zumindest die Voraussetzungen geschaffen. Er hat die Vertrauensfrage gestellt und dafür gesorgt, dass man ihm das Vertrauen entzieht. Nur, um sich danach mit demselben Fahrplan wieder zur Wahl zu stellen. Sollte die Regierungskoalition wider das gegenwärtige Erwarten bestätigt werden, hat sich kaum etwas geändert, denn die mangelhafte Regierbarkeit, die in den Kräfteverhältnissen im Bundesrat begründet ist, bliebe bestehen. Alle sagen, Schröders Agenda 2010 sei richtig. Der Opposition geht sie nur nicht weit genug. Kaum aber einer vermöchte zusagen, was sich hinter diesem Kürzel verbirgt.

Rot-Grün pfeift sich mit einem lauen „Weiter so!“ im Wald der politischen Landschaft dabei einen Mut zu, an den sie selbst nicht so recht glauben kann. Dieses „Weiter“ wird in der SPD mit den Stichworten Reichensteuer, Bürgerversicherung und Elterngeld garniert. Welche Visionen, Grundsätze und Zielsetzungen und welches Profil einer zukünftigen Politik damit verbunden sind, bleibt unklar. Bei dem kleinen Koalitionspartner erfahren wir auf dem jüngsten Parteitag ‚der Sommer wird grün‘. Die Grünen leben im Wesentlichen nur noch von einem Restglanz an Ökologie und gesellschaftlicher Innovation. Womit dies

aber derzeit noch zu belegen wäre, weiß auch keiner mehr so recht. Um es vorweg zu nehmen: schaut sich die politischen Mitbewerber an, wird das Bild nicht besser. Betrachten wir also die Alternativen:

Angela Merkel, der sanfte Stützstrumpf der CDU, will Deutschlands erste Kanzlerin werden und es sieht so aus, dass sie es wird. Die CDU liegt in den Umfragen weit vorne. Seltsam nur, dass schon jetzt die potentiellen Wähler der neuen Regierung dieser herzlich wenig zutrauen. Im Gegenteil. Schon jetzt begeistern weder die potentiellen Köpfe dieser neuen Regierung, noch ihr Programm oder ihre designierten Maßnahmen. Die ZEIT attestiert auch diesem Programm eine deutliche „visionäre Unterzuckerung“. Angela Merkel möchte Arbeit billiger machen und damit der Wirtschaft aufhelfen, die Beschäftigung ankurbeln. Die Unternehmer sollen leichter noch mehr verdienen können. Dass das nicht notwendigerweise Arbeitsplätze schafft, hat Rot-Grün allerdings schon hinlänglich bewiesen. Die Gewinne der großen Unternehmen sind kontinuierlich gestiegen – die Zahl der Arbeitslosen aber ist dabei nicht gesunken. Frau Merkel kündigt an, sie wolle „durchregieren“. Diese seltsame Wortschöpfung verrät viel. Sie will die Macht, sie will sie behalten, Augen zu und durch. Sie flüchtet sich mangels echter Ideen in die Proklamation von Sekundärtugenden. Redlicher, ehrlicher und handwerklich besser soll alles werden. Weiland Kohl kam noch im Namen der geistig-moralischen Wende daher, Frau Merkel bringt die Light-Variante mit der Reduktion auf Stillfragen. Und selbst dieser Minimalismus ist nachweislich ein Muster ohne Wert. Die geplante Mehrwertsteuererhöhung solle komplett der Senkung der Lohnnebenkosten dienen. Sprach' s und vereinbarte schon anderntags mit den schwarzen Landesfürsten etwa ein Viertel der Summe an deren Haushalte abzutreten – zum Stopfen von deren Haushaltslöchern. Oder: die Merkelsche Gesundheitsprämie. Aus dem großen klaren ‚innovativen‘ Wurf wurde in den zähen Verhandlungen mit der CSU ein kompliziertes Mischgebilde, dem selbst der CDU Nahestehende handwerkliche Fehler, Unsauberkeiten oder Ungereimtheiten bescheinigen. Schon bevor die neue Regierung antritt, hat sie dieselben Züge angenommen wie die alte, nur sind es christlich-demokratische Bettvorleger. Gäbe es wirklich Ehrlichkeit in dieser Partei, so müsste sie schon das C aus ihrem Namen streichen, das sich ohnehin durch nichts mehr belegen lässt. Sogar gestandene CDU-Fossile wie Blüm oder Geißler räumen an, dass diese Partei diesen Namen nicht (mehr) verdiene. Ein religiös gefärbter Wahlkampf à la ‚Schorsch Dabbelju‘, dem vermeintlich großen Vorbild, undenkbar. Wäre die CDU ehrlich, würde sie einräumen: wir planen die Kürzungen, die wir der bisherigen Regierung im Bundesrat verweigert haben. Die Ökosteuer einst Inbegriff rot-grüner Irrwege soll beibehalten werden, wie so vieles, wogegen man eben noch wortreich zu Felde zog. A propos zu Felde. Wäre es nach unsere zukünftigen Kanzlerin gegangen, stünden deutsche Truppen im Irak, hätten die Suche nach Massenvernichtungswaffen aufgegeben und schickten regelmäßig neue Säрге nach Hause.

Merkels Steigbügelhalter wäre Guido Westerwelles FDP. Der Parteivorsitzende allerdings ist auf Tauchstation gegangen, da sich der frische ‚Leichtmatrose‘ schnell verschlissen hat. Er lebt nur davon, dass die Partei keine Alternative hat und die (personelle) Substanz zu dünn ist. Die neue Lichtgestalt ist die alte, ehemals gechasste und ungeliebte, mit dem kreativen Flair eines Sachbearbeiters. Die vormalige Partei der Besserverdienenden möchte endlich wieder mitregieren, um so vielleicht doch wieder einen Sinn für sich zu finden. Sie ist gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer, schön, schön! Wofür sie steht, weiß auch niemand, ebenso wenig, was denn an ihr das Label liberal verdiente.

Bei so viel politischem Unrat und wirtschaftsfreundlicher Klientelpolitik tritt nun die neue linke Alternative PDS/WASG oder neu: „Die Linkspartei“ auf den Plan, die kaum zu beschreiben weiß, wo sie hin will. Sie ist vor allem dagegen. „Gregor Gysi und vor allem Oskar Lafontaine sind von Berufs wegen anti – gegen den Kapitalismus, die Globalisierung, die Integration Europas, gegen ‚Fremdarbeiter‘, gegen offene Märkte, Amerika und die Agenda 2010. Sie waren auch gegen eine Beteiligung Deutschlands am Kosovo-Krieg. Das allein beweist schon die Isoliertheit der neuen Partner. Dieses Linksbündnis steht mit dem Rücken zur Zukunft „ (Die ZEIT 29/2005). Die PDS verschweigt dabei, dass sie da, wo sie in zwei Bundesländern mitregiert, für genau die harten Sparmaßnahmen und Privatisierungsprogramme eintritt, die sie im Bund brandmarkt. Die Forderung ist denkbar einfach: höhere Löhne, weniger Arbeitszeit, bezahlen sollen die Reichen! Substanz hat dies nicht. Noch entschuldigt sich das Linksbündnis (was heißt hier eigentlich noch links?) damit, dass es noch dabei wäre, sich selbst zu finden. Irgendwie möchte man die alten Segnungen des Sozialstaats (West) oder des Staatssozialismus (Ost) reanimieren, wie weiß keiner. Vielleicht, weil es nicht für nötig erachtet wird. Die anderen, die Rechten müssen weg, deswegen wählt uns. Sicherlich Gysi und Lafontaine sind brillante Köpfe von hohem Unterhaltungswert – reicht das hin, sie zu wählen??

So werden in den unterschiedlichen politischen Lagern gebetsmühlenartig die bekannten Nebelbomben gezündet. Es gibt keinen interkulturellen Dialog der verschiedenen politischen Kulturen mehr, weil es keine Kulturen mehr gibt, nur noch Pfründe, Fleischtöpfe und Spielwiesen. Je weniger Inhalt, desto lauter die Formfragen. Wieder einmal eine Schicksalswahl, die letztlich das bekannte und befürchtete Schicksal bestätigt?

Wir stehen ratlos – inwiefern das sollte wenigstens einmal beschrieben und zum Ausdruck gebracht werden. Einsichten sollen ja die ersten Schritte zur Besserung sein